

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 12

der Abgeordneten Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

aus der 2. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. November 2011 und **Antwort**

Reicht der Erzieherinnenbestand für alle schulischen Aufgaben?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Wie hoch ist der Bedarf an Erzieherinnen (VZE) im Schuljahr 2011/12 für die unterrichtliche und außerunterrichtliche Betreuung an den Schulen und wie viele Stellen sind derzeit noch nicht besetzt?

Zu 1.: Der erwartete Bedarf für öffentliche allgemeinbildende Schulen liegt bei 4.308 Vollzeiteinheiten (VZE) an Erzieherinnen und Erziehern für die Betreuung mit eigenem Personal (ohne Betreuung von Freien Trägern). Für die Abdeckung dieses Bedarfes sind keine Einstellungen mehr offen. Der tatsächliche Bedarf wird erst im Rahmen der Erzieherbedarfsfeststellung (EBF) Mitte Dezember 2011 vorliegen.

2. Wie viele Erzieherinnen sind derzeit auf dem Stellenmarkt als arbeitsuchend in Berlin registriert und wie viele werden in den nächsten fünf Monaten ihre Ausbildung als Erzieherin abschließen?

Zu 2.: Zahlen zu Erzieherinnen und Erziehern, die derzeit arbeitsuchend in Berlin registriert sind, liegen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht vor. In den letzten Jahren haben ca. 1.000 Erzieherinnen und Erzieher jährlich an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen Berlins ihren Abschluss gemacht. Für das laufende Schuljahr liegen noch keine Zahlen vor. Es werden durch die vermehrte Zulassung privater Fachschulen die Auszubildenden und die Absolvent(en)/innen ansteigen. Des Weiteren gibt es durch die verbesserten Möglichkeiten des Quereinstiegs eine gestiegene Zahl von Auszubildenden in Teilzeitverhältnissen, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolvieren.

Berlin, den 11. November 2011

In Vertretung

Claudia Zinke
Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Nov. 2011)